année politique suisse

DOKUMENTATION · ANALYSE · DIFFUSION

Sélection d'article sur la politique suisse

processus **Qualifiziertes Ständemehr bei Doppelmehr-Abstimmungen (Pa.Iv. 20.484)**

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Schaub, Hans-Peter

Citations préféré

Schaub, Hans-Peter 2024. *Sélection d'article sur la politique suisse: Qualifiziertes Ständemehr bei Doppelmehr-Abstimmungen (Pa.Iv. 20.484), 2020 - 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 12.10.2024.

Sommaire

Chronique générale 1
Eléments du système politique 1
Institutions et droits populaires 1
Droits populaires 1

Abréviations

SPK-NR	Staatspolitische Kommission des Nationalrats
CIP-CN	Commission des institutions politiques du Conseil national

Chronique générale

Eléments du système politique

Institutions et droits populaires

Droits populaires

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 30.11.2020
HANS-PETER SCHAUB

Mit einer **parlamentarischen Initiative** forderte die Grüne Fraktion ein **qualifiziertes Ständemehr bei Doppelmehr-Abstimmungen**. Der Vorstoss wurde am Tag nach der Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative eingereicht, die unter anderem von den Grünen unterstützt worden war. Sie hatte zwar eine Mehrheit von 50.7 Prozent der Stimmenden erzielt, war jedoch am Ständemehr gescheitert (14.5 ablehnende Stände gegenüber 8.5 annehmenden Ständen). Es handelte sich um die zweite Volksinitiative und die insgesamt zehnte Vorlage seit 1848, bei der das Volksmehr vom Ständemehr ausgehebelt wurde. Genau für solche Situationen, in denen Volks- und Ständemehr auseinanderfallen, forderte die parlamentarische Initiative nun eine Neuregelung: Um eine Verfassungsänderung zu blockieren, die von einer Volksmehrheit befürwortet wird, solle künftig eine Zweidrittelmehrheit der Standesstimmen erforderlich sein, was 15.5 Standesstimmen entspricht.
In der Begründung zum Vorstoss verwiesen die Grünen insbesondere auf die demographische Entwicklung: Weil das Bevölkerungswachstum in den Städten seit Jahrzehnten deutlich stärker sei als auf dem Land, benachteilige das Ständemehr die grossen Kantone heute noch viel stärker als früher. So habe 1848 eine Neinstimme aus Appenzell Innerrhoden bei einem Doppelmehrreferendum noch das 11-fache einer Zürcher Neinstimme gezählt, heute sei es hingegen das 44-fache. Um eine **Balance zwischen Föderalismusprinzip** (Gleichheit der Gliedstaaten) **und Demokratieprinzip** («one (wo)man, one vote») zu erreichen, sei deshalb eine Abschwächung des Ständemehrs nötig. In der Vergangenheit waren schon mehrmals Vorstösse mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht, aber stets abgelehnt worden. [1]

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 25.02.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die **SPK-NR** lehnte im Februar 2022 eine parlamentarische Initiative der Grünen Fraktion ab, welche das Volksmehr gegenüber dem Ständemehr stärken wollte. Mit 14 zu 10 Stimmen sprach sich die Kommission dafür aus, dass **weiterhin eine einfache Nein-Mehrheit der Standesstimmen genügen soll, um Verfassungsänderungen zu blockieren** – auch dann, wenn sich ein Volksmehr zugunsten der Verfassungsänderung ergibt. Zur Begründung berief sich die Kommission auf das Föderalismusprinzip, wonach jedem Kanton unabhängig von seiner Grösse dasselbe Gewicht zustehe, und auf das Ziel des Minderheitenschutzes.
Die **Kommissionsminderheit** argumentierte hingegen, dass die gestiegenen Grössenunterschiede zwischen den Kantonen eine Stärkung des Demokratieprinzips gegenüber dem Föderalismusprinzip rechtfertigen würden; sie wollte deshalb wie von der parlamentarischen Initiative gefordert eine Übersteuerung des Volksmehrs erschweren, indem dafür künftig ein qualifiziertes Ständemehr von zwei Dritteln der Stände nötig sein sollte. [2]

INITIATIVE PARLEMENTAIRE
DATE: 02.06.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die parlamentarische Initiative der grünen Fraktion für ein **qualifiziertes Ständemehr bei Doppelmehrabstimmungen** wurde vom **Nationalrat** in der Sommersession 2022 behandelt. Zugunsten der Initiative äusserten sich Balthasar Glättli (gp, ZH) als Vertreter der Initiantinnen und Initianten und Delphine Klopfenstein Broggini (gp, GE) für die aus Grünen, SP und GLP bestehende Minderheit der vorberatenden SPK-NR). Sie betonten, dass sie nicht etwa die Abschaffung des Ständemehrs forderten, sondern lediglich dessen Anpassung. Es gelte – wie es Glättli formulierte –, «das Gleichgewicht im tragenden Gebälk der Schweizer Demokratie» wiederherzustellen, konkret das Gleichgewicht zwischen Volks- und Ständemehr. Das bestehende System benachteilige namentlich auch die lateinischen Kantone.
Gegen die Initiative stellten sich für die Kommissionsmehrheit Kurt Fluri (fdp, SO) und Piero Marchesi (svp, TI). Sie argumentierten, dass das heutige Ständemehr zum Föderalismus gehöre. Zwar müsse heute nicht mehr wie bei der Einführung des Ständemehrs 1848 ein Ausgleich zwischen katholischen und protestantischen Regionen geschaffen werden, aber nach wie vor brauche es einen Schutz der kleinen Kantone vor einem Übergewicht der bevölkerungsstarken Kantone. Im Übrigen bestehe ohnehin kein Handlungsbedarf, weil das Volksmehr seit 1848 erst in zehn Abstimmungen durch das Ständemehr blockiert worden sei. Mit 105 zu 77 Stimmen bei 4 Enthaltungen entschied

der Nationalrat schliesslich, der parlamentarischen Initiative **keine Folge** zu gegeben. Diese wurde somit vom selben Schicksal ereilt wie eine Reihe früherer Vorstösse, die ebenso erfolglos eine Reformierung des Ständemehrs gefordert hatten. [3]

---

1) Pa.Iv. 20.484 Qualifiziertes Ständemehr bei Doppelmehr-Abstimmungen
2) Kommissionsbericht SPK-NR vom 29.4.22; Medienmitteilung SPK-NR vom 25.2.22
3) AB NR, 2022, S. 915 f.